

Silke Ötsch; Celia Di Pauli

### Steueroasen: Ein paradiesisches Rechtssystem für die Minderheit der Reichen

2012

<https://doi.org/10.25969/mediarep/1630>

Veröffentlichungsversion / published version

Sammelbandbeitrag / collection article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ötsch, Silke; Di Pauli, Celia: Steueroasen: Ein paradiesisches Rechtssystem für die Minderheit der Reichen. In: Andreas Kriwak, Günther Pallaver (Hg.): *Medien und Minderheiten*. Innsbruck: Innsbruck University Press 2012 (Medien – Wissen – Bildung), S. 293–321. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/1630>.

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under a Deposit License (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual, and limited right for using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute, or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the conditions of use stated above.

# Steuroasen: Ein paradiesisches Rechtssystem für die Minderheit der Reichen

Silke Ötsch und Celia Di Pauli

## 1. Einleitung

Warum wählt die Mittelschicht Parteien, die eine Steuerpolitik umsetzen, die diesen WählerInnen schadet? Diese Frage stellt die Journalistin Ulrike Herrmann in ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen“. Während die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe und die Reichen immer reicher werden, verliere die Mittelschicht wirtschaftlich nicht nur in Krisen-, sondern auch in Boomzeiten. Der Abstieg der Mittelschicht sei insgesamt selbst verschuldet: Da die Mittelschicht die Mehrheit der WählerInnen stelle, könne sie Parteien abwählen, deren Steuerpolitik vor allem einer „Elite“ nutze (Herrmann 2010, S. 9ff.). Mit einem ähnlichen Paradox befassen sich die Wissenschaftler Michael Graetz und Ian Shapiro: Wie konnte die Erbschaftssteuer in den USA 2001 mit großer Mehrheit im Kongress herab und 2010 sogar ausgesetzt werden, obwohl nur die Reichsten 1-2 % der Bevölkerung sie zahlten? Diese Steuer sei ein Jahrhundert nicht hinterfragt worden und schien vereinbar mit „amerikanischen“ Werten, und zwar der Überzeugung, dass alle gleiche Ausgangsbedingungen haben, um ihre wirtschaftlichen Träume zu erfüllen (Graetz/ Shapiro 2005, S. 1).

Herrmann führt hauptsächlich drei Begründungen an, warum die deutsche Mittelschicht in Steuerfragen gegen die eigenen Interessen handelt. Reiche rechnen sich erstens arm und suggerieren der Mittelschicht, dass der Aufstieg möglich sei. Zweitens gingen viele VertreterInnen der Mittelschicht davon aus, selbst zur Elite zu gehören, obwohl das gemessen am Einkommen und Vermögen nicht der Fall sei. Drittens grenze sich die Mittelschicht vehement von der Unterschicht ab. Letztere nutze – so die gängige Sicht – die Mittel- und Oberschicht aus (Herrmann 2010, S. 12f.).

Nach Graetz und Shapiro verhalten sich viele Angehörige der amerikanischen Mittelschicht vergleichbar irrational. Während die BefürworterInnen der Steuer auf sachlich richtige Argumente setzten, implantierten die GegnerInnen über jahrzehntelanges Cam-

paigning eine Erzählung, um die Steuer auszuhebeln. Die AutorInnen arbeiten heraus, dass die GegnerInnen der Erbschaftssteuer diese Erzählung in mehreren Schritten geschaffen haben. Sie stellten unrepräsentative Fallbeispiele zusammen, die vermeintlich negative Auswirkungen der Steuer auf Personen, Familien, Unternehmen und Umwelt illustrierten. Dabei versuchten sie vor allem, Minderheiten der Mittelschicht zu vereinnahmen, etwa die Gruppe der Working Rich, Bauern, Frauen, farbige UnternehmerInnen und Homosexuelle, obwohl deren Interessen – wenn überhaupt – nur bedingt durch die Erbschaftssteuer tangiert waren. Die GegnerInnen arbeiteten zudem mit Ergebnissen suggestiver Umfragen. Die Koalition wurde durch die gezielte Anwerbung von PolitikerInnen der Opposition erweitert, durch konservative Think Tanks (v.a. Heritage) gestützt und ideologisch unterfüttert von konservativen Philosophen wie Grover Norquist, Dick Armey und Phil Gramm (Graetz/Shapiro 2005). Die Kampagne war erfolgreich: Wie Umfragen zeigten, nahmen BürgerInnen beispielsweise an, die Erbschaftssteuer betreffe sie, was aber wegen hoher Freibeträge nicht der Fall war. Außerdem wurde suggeriert, die Steuer bestrafe Leistung und Werte wie die Familie. Diese Umdeutung wurde u.a. akzeptiert, da ein Großteil der Bevölkerung grundsätzlich wenig Interesse an Steuern und Wissen darüber hat (Graetz/Shapiro 2005, S. 254).

Ähnliche Fälle ließen sich an verschiedenen Bereichen der Steuerpolitik aufzeigen. In diesem Artikel beschäftigen wir uns beispielhaft mit Steueroasen; ähnliche Analysen lassen sich jedoch auch zu anderen Bereichen der *Offshore-Ökonomie*<sup>1</sup> durchführen, z.B. zu Regulierungs-oasen, Billigflaggen, Offshore-Internethandel und Sonderwirtschaftszonen. Steueroasen sind relevant, weil es sich dabei – gemessen an den dort angelegten Summen und der Anzahl der Finanztransaktionen – um bedeutende Konstrukte des globalen Finanzsystems handelt, die einer Minderheit reicher AnlegerInnen und Intermediären nutzt – auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung in und außerhalb der Steueroasen.<sup>2</sup>

Opponenten des Systems von Steueroasen wie VertreterInnen des Netzwerks Steuergerechtigkeit, NGOs und Gewerkschaften argumentieren in politischen Diskursen vor allem mit Sachargumenten und benutzen häufig analytische Texte und Zahlen. Weitere AutorInnen stellen einen Bezug zu Systemmechanismen von Globalisierung oder Kapitalismus her. Wir gehen davon aus, dass die Logik des Finanz- und Wirtschaftssystems ein wesentlicher Faktor bei der Betrachtung des Phänomens der Steueroasen ist, dass

1 s. S. 295

2 Mehr zum Umfang von Offshore-Ökonomie s. Ötsch 2012.

aber ein weiterer zentraler Aspekt bislang nur peripher behandelt wurde: die Beschäftigung mit Steuersystemen sollte zusätzlich auf der Ebene der Sprache, Bilder und Erzählungen ansetzen. Nur so lassen sich scheinbar irrationale Reaktionen erklären.

Wie wir im Folgenden genauer erläutern, ist bereits der Begriff der *Steuroase* suggestiv, da die Oase positiv konnotiert ist. KritikerInnen des Systems haben deshalb vorgeschlagen, die Begriffe *Steuer-* bzw. *Regulierungsoase*, und *Offshore-Zentrum* in *Verdunkelungsoase* oder *Schattenfinanzsystem* umzubenennen. Obwohl wir die Kritik an dem Begriff teilen, benutzen wir in diesem Text den Begriff der Steuroase, um LeserInnen den Zugang zum Thema zu erleichtern.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Wir werden zunächst auf das ökonomische Ausmaß und die Funktion von Steuroasen eingehen. Dann werden wir uns mit diskursiven Praktiken der Steuerfluchtindustrie beschäftigen. Welche Bilder, Metaphern und Erzählungen nutzt die Branche im Gegensatz zu VertreterInnen der Zivilgesellschaft? Der diskursiven Ebene stellen wir anschließend die räumliche Ebene gegenüber. Wir zeigen Fotos und Daten aus Steuroasen, die wir im Zuge unserer Recherchen bereist haben. Unsere Ergebnisse zeigen, dass der Begriff der Steuroase ein juristisch-politisches Konstrukt ist, das vom räumlichen Blickwinkel betrachtet ein Paradox darstellt, was sich anschaulich am Beispiel der Briefkastenfirmen zeigt. Steuerflucht ist hochgradig mit Erzählungen belegt, sowohl alten, als auch neuen, die im Zuge der Finanzmarkt-reformen entstehen. Die Erzählungen begünstigen eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit.

## 2. Steuroasen: Keine Inseln, sondern ein Zweiklassen-Rechtssystem

Im Folgenden gehen wir auf Definitionen von Steuroasen ein, die aufgrund der Brisanz des Themas und der Interessenlage umstritten sind. Wir beschreiben die Hauptfunktionsweisen einer Steuroase und beschreiben, welche Personengruppen, Rechtsformen und Institutionen von dem System profitieren und welche strukturell benachteiligt sind. Dabei wird ersichtlich, dass Steuroasen einer Minderheit von reichen Privatpersonen und einigen Working Rich (über Unternehmen und AnbieterInnen von Steuerflucht-Dienstleistungen) nutzt, während die Mehrheit der Bevölkerung durch sie benachteiligt ist.

Der maßgeblich von Ronen Palan geprägte Begriff der *Offshore-Ökonomie* (Palan 98) umfasst verschiedene Unterkategorien, die Rechtsrahmen mit besonderen Regeln beschreiben, die Regulierungen außer Kraft setzen oder ändern, die „Onshore“ gelten. Dazu gehören u.a. Sonderwirtschaftszonen, die Ausflagging von Schiffen („Billigflaggen“), die Bereitstellung regulierungsfreier Rahmen an Finanzmärkten („Regulierungssoasen“ oder „Schattenfinanzplätze“) und Steueroasen.<sup>3</sup> Wie Palan schreibt, bezog sich der Begriff „Offshore“ zunächst auf die zu einem Land gehörenden Hochseeinseln, wurde dann übertragen auf Piratensender und maritime Bohrinseln und schließlich auf Zonen des Finanz- und Wirtschaftssystems (Palan 2003, S. 21ff.).

Forschung über Offshore-Ökonomie und ihre Unterkategorie der Steueroasen steht noch am Anfang. Das liegt einerseits daran, dass es wenig verfügbare und brauchbare Daten gibt. Ein Grundpfeiler der Steuerflucht ist die Geheimhaltung. „Those who know don’t talk. And those who talk don’t know“, so eine in der Steuerfluchtindustrie gängige Redewendung (Shaxson 2011, 23). Plakativ zeigt die Definition „if it looks like one and if it is considered one by those who care“ (Gordon Report 1981, S. 26) die Problematik der genauen Begriffsfindung für Steueroasen.

Die G7 beauftragten 1996 die OECD, Maßnahmen gegen Steuerflucht zu erarbeiten und das Phänomen zu definieren. Zwei Jahre später veröffentlichte die OECD einen Bericht über schädlichen Steuerwettbewerb. Die OECD bestimmte darin Merkmale von Steueroasen und präsentierte in der Folge eine schwarze Liste, auf der 35 Länder als Steueroasen aufgeführt waren, und eine graue Liste, auf der 47 Länder mit „potenziell schädlichem Verhalten“ standen (OECD 1998). In dem Bericht werden Steueroasen wie folgt definiert: a) Steueroasen werden von Angehörigen anderer Staaten genutzt, um Steuerzahlungen im eigenen Land zu umgehen. Ausländer zahlen in Steueroasen keine oder niedrige Steuern; b) Steueroasen geben keine relevanten Informationen an Finanzbehörden weiter; c) sie sind intransparent und d) Investitionen oder Transaktionen werden allein unternommen, um Steuern zu sparen. Firmen müssen nicht vorweisen, dass sie tatsächlich unternehmerisch tätig sind (OECD 1998). Die OECD-Initiative wurde jedoch von Lobbygruppen wie der International Tax and Investment Organization (ITIO), konservativen Regierungen (v.a. die USA unter Bush senior) und von Steueroasen angegriffen. Das letzte genannte Kriterium für eine Steueroase – die Scheinverlage-

---

<sup>3</sup> In diesem Beitrag wird nicht diskutiert, ob das Aufkommen von Offshore-Ökonomie eine Folge des Rückzugs des Staates ist, wie häufig angenommen, oder ob der Staat selbst (wie Palan meint) ein zweites unreguliertes juristisches System schafft, in dem sich bestimmte ökonomische Aktivitäten abspielen (Palan 1998).

rung – wurde beanstandet und in der Folge von der OECD zurückgenommen, die auch in weiteren Punkten ihre Kriterien sukzessive aufweichte (Sullivan 2007).

Nach wie vor gibt es keine allgemein anerkannte Definition der Steuroase. Eine interdisziplinäre Gruppe von WissenschaftlerInnen, VertreterInnen der Zivilgesellschaft, ehemals in der Steuerfluchtbranche tätigen ExpertInnen und JournalistInnen hat sich etwa seit der Jahrtausendwende im Rahmen des Tax Justice Networks (TJN) organisiert mit dem Ziel, Kenntnisse über Offshore-Ökonomie mit Schwerpunkt auf Steuroasen zu erweitern und Missstände im Bereich Steuern zu bekämpfen. In ihrem 2010 erschienenen Überblickswerk „Tax Havens“ definieren Ronen Palan, Richard Murphy und Christian Chavagneux Steuroasen wie folgt:

*„... tax havens are places or countries (not all of them are sovereign states) that have sufficient autonomy to write their own tax, finance, and other laws and regulations. They all take advantage of this autonomy to create legislation designed to assist nonresident persons or corporations to avoid the regulatory obligations imposed on them in the places where those nonresident people undertake the substance of their economic transactions. An additional characteristic that most tax havens share is an environment of secrecy that allows the user of structures created under local law to do so either completely anonymously, or largely so. The third common characteristic is ease and affordability in gaining access to the entities incorporated in the territory.“*

(Palan, Murphy/Chavagneux 2010, S. 8f.)

Während bei der Definition der OECD noch die Höhe der Steuersätze im Vordergrund steht (wobei Abgrenzungsfragen entstehen, wenn konkrete Steuersätze bestimmt werden sollen), verschiebt sich der Fokus bei der Betrachtung von Steuroasen bei dieser Diskussion auf das Ziel der Transaktionen: Handelt es sich um Scheingeschäfte, die allein getätigt werden, um Regulierungen zu umgehen?

Das Kriterium der Intransparenz spielt eine zentrale Rolle im „Schattenfinanzindex“. Dieser Index wurde vom Tax Justice Network entwickelt, um eine unabhängige Klassifizierung von Steuroasen vorzunehmen, da die Liste der OECD unverkennbar durch politische Einflussnahme verfälscht ist (was u.a. daran zu erkennen ist, dass Finanzplätze wie die Cayman Inseln, Luxemburg oder Jersey gestrichen wurden und US-Steuroasen erst gar nicht aufgeführt werden). Neben der Größe und Bedeutung des Finanzplatzes zählt v.a. seine Intransparenz, wobei die zuständigen Behörden keinen Zugriff auf rele-

vante Informationen haben, z.B. durch das Bankgeheimnis, oder weil sie EigentümerInnen von Unternehmen oder Stiftungen nicht identifizieren können, beispielsweise weil TreuhänderInnen vorgeschoben werden. Laut Schattenfinanzindex sind die USA (v.a. mit Delaware), Luxemburg und die Schweiz die größten Schattenfinanzplätze der Welt, gefolgt von den Cayman Inseln und London. Österreich liegt weltweit auf dem 12. Platz (IJN 2009).

Um das Funktionieren der Offshore-Ökonomie zu verstehen, ist ein Ranking nach Ländern jedoch nur bedingt aussagekräftig. Erstens gibt es historisch gewachsene Verbindungen zwischen Steueroasen, die im Verbund agieren. Weltweit spielen laut Shaxson drei Gruppen von Steueroasen eine zentrale Rolle: a) Die Gruppe europäischer Steueroasen von Kleinststaaten, angeführt von der Schweiz, Luxemburg und den Niederlanden; b) die britischen Steueroasen, deren Zentrum London ist, das umgeben ist von den Kanalinseln und ehemaligen Kolonien und Gebieten mit historischen Bezügen wie Irland und c) die USA, die ebenfalls über einen Verbund an Oasen mit unterschiedlichen Rechtsrahmen verfügen, von der Bundesebene über Bundesstaaten (v.a. Delaware, Florida u.a.) bis hin zu den Überseegebieten, beispielsweise den amerikanischen Virgin Islands (Shaxson 2011, S. 14-19).

Zweitens ist die Kategorisierung von Steueroasen nach Gebieten irreführend, wie u.a. Palan, Murphy und Chavagneux schreiben, weil relevante Trennungslinien weniger zwischen Staaten zu verorten sind, als zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen von Steuerflucht. De facto handelt es sich bei Steuerflucht um buchhalterische Verschiebungen von einem Rechtsrahmen in einen anderen, bzw. um die Verlagerung eines Wohn- oder Firmensitzes mit dem Ziel, Steuern zu sparen. Dahinter stehen jedoch keine realen Transaktionen oder reale Verlagerung. Die Steueroase bietet nur den juristischen Rahmen für Buchungen. Unternehmen oder Personen zahlen einen Betrag, um diesen Rahmen und juristische Dienstleistungen zu nutzen.

Im Internet finden sich eine große Anzahl von AnbieterInnen, die die sofortige Einrichtung eines Unternehmens versprechen, für eine Gebühr von nicht einmal 1000 Euro (Coldwell 2011). Dafür zahlen die KundInnen den niedrigen Steuersatz der Steueroase, oder sind teilweise von Steuern befreit. Ein kleiner Anteil der Gebühr kommt der Steueroase indirekt zugute, unter dem Strich gehen Steuereinnahmen verloren, da das Unternehmen insgesamt weniger Steuern zahlt. Für die Steueroase rentiert sich dieses Geschäft nur aufgrund der großen Anzahl registrierter Unternehmen. Dort profitiert jedoch häufig nur eine kleine Elite, insbesondere Intermediäre als AnbieterInnen von Steuerflucht-Dienstleistungen. Dazu gehören JuristInnen, BankerInnen und die "Big 4",

d.h. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften KPMG, E&Y, PWC und Deloitte (TJN 2008).

Die größte Gruppe der NutzerInnen von Steueroasen sind Unternehmen. Sie begehen häufig Steuerflucht über die Manipulation von Transferpreisen ("transfer pricing"). So werden Preise bezeichnet, die sich Unternehmen für die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen anrechnen, die der gleichen Person oder einem Unternehmen gehören. Das betrifft beispielsweise den Handel zwischen Mutter- und Tochterunternehmen. Das Unternehmen profitiert, wenn es Gewinne buchhalterisch in das Land mit niedrigen und Verluste in das Land mit höheren Steuern verschiebt, indem a) das Unternehmensteil im Hochsteuerland das Unternehmensteil im Niedrigsteuerland zu Billigpreisen beliefert oder b) indem das Unternehmensteil im Hochsteuerland Waren oder Dienstleistungen vom Unternehmensteil im Niedrigsteuerland zu überhöhten Preisen einkauft.<sup>4</sup> Bei Zollkontrollen wurde aufgedeckt, dass US-Unternehmen beispielsweise Plastikbecher zu einem Stückpreis von 972 US-Dollar aus Pakistan kauften und dahin Videobildschirme für je 21,90 US-Dollar lieferten (ICFTU 2006). In einem anderen Fall wurde ein elektrischer Haarfön zum Marktpreis von 25 US-Dollar für 3.800 US-Dollar von den USA nach Nigeria importiert (Pak 2008). Der Verlust an Steuergeldern durch Transferpreise ist immens; nach Schätzung der OECD findet über 60 % des Welthandels innerhalb von Unternehmensgruppen statt (OECD 2002). Weitere Methoden der Steuerflucht von Unternehmen ist die Gewinnverschiebung durch Kreditvergabe zwischen Mutter- und Tochterfirmen. Dabei gibt das Unternehmensteil im Niedrigsteuerland einen hoch verzinsten Kredit an das Unternehmen im Hochsteuerland. Des weiteren transferieren Firmen Gewinne über Lizenzen. Ein Beispiel dafür ist die Firma IKEA. Die 235 IKEA-Geschäfte führen eine Lizenzgebühr in Höhe von 3 % des Umsatzes an das Unternehmen IKEA Systems in den Niederlanden ab (Ward 2011), wo diese Gewinne niedrig besteuert werden (Dijk, Weyzig/Murphy 2006). Die Gebühren fließen weiter an die InterIKEA Holding in Luxemburg, die wiederum der Interogo Stiftung in Liechtenstein gehört, die von der Familie des IKEA-Gründers Kamprad kontrolliert wird; daneben werden die Gewinne an Stiftungen und Unternehmen auf den niederländischen Antillen und Curacao verteilt (Economist 2011; Ward 2011). Nach derzeit vorliegenden Informationen habe IKEA in den letzten 20 Jahren zwischen 1,7 und 2,2 Milliarden Euro Steuern zu wenig gezahlt (Ward 2011).

---

4 Theoretisch ist dieses Vorgehen illegal, da interne Preise generell den Marktpreisen entsprechen sollten; das Verbot wird jedoch umgangen.



Die zweitgrößte Gruppe, die Steueroasen nutzt, sind reiche Privatpersonen. Diese verlagern ihren Wohnsitz formal in eine Steueroase, wo sie entweder einen jährlichen zu zahlenden Betrag oder eine andere Form der Abgabe mit den Zuständigen (z.B. der Kommune) aushandeln und dafür am ursprünglichen Standort nicht mehr oder nur eingeschränkt steuerpflichtig sind. *High Net Worth Individuals* (HNWIs) werden Personen genannt, die Finanzanlagen in der Höhe von mindestens einer Million US-Dollar besitzen (ohne Wert- und Konsumgegenstände und Erstwohnsitze). Diese Personengruppe nutzt ausgiebig Offshore-Zentren und Steueroasen: etwa ein Drittel ihres Vermögens liegt dort (Baker 2005, S. 164). Ein besonders häufig für Steuerflucht von Privatpersonen genutzter Standort ist die Schweiz (OECD 2008).

Aufgrund der mangelhaften Erfassung von Daten zu Vermögen und der Intransparenz und mangelnder öffentlicher Einsicht in die Buchhaltung von Unternehmen und Banken kann der Umfang von Steuerflucht nur grob geschätzt werden. Das Tax Justice Network versuchte anhand vorhandener Daten Ansatzpunkte für den Umfang von Steuerflucht zu geben. Unter Rückgriff auf Daten aus dem Weltreichtumsbericht von Merrill Lynch und Cap Gemini und der Boston Consulting Group gingen laut TJN jährlich 225 Milliarden US-Dollar Steuereinnahmen allein aus der Besteuerung von reichen Privatpersonen (HNWIs) verloren, wenn eine durchschnittliche Rendite von 7,5 % und ein Steuersatz von 30 % angenommen wird und die Summe des Privatvermögens von HNWIs in Steueroasen mit 11,5 Billionen US-Dollar veranschlagt wird (TJN 2005). Die Beträge liegen heute wahrscheinlich beträchtlich höher, da konservative Schätzungen benutzt wurden und sich die Vermögen von HNWIs im Jahr 2009 mit 39 Billionen US-Dollars und seit der Schätzung von 2005 fast vervierfacht haben (Merrill Lynch/Cap Gemini 2011). Zu bedenken ist außerdem, dass diese Zahlen nur die Steuerflucht von HNWIs betreffen, nicht aber die von weniger wohlhabenden Personen und schon gar nicht den wesentlich größeren Bereich der Steuerflucht von Unternehmen. Hier gibt es sehr wenig verlässliche Zahlen. Das deutsche Finanzministerium rechnet beispielsweise mit einem jährlichen Verlust in Höhe von 65 Milliarden Euro durch grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen (Bundesregierung 2009).

Besonders von Steuerflucht betroffen sind Entwicklungsländer. Sie haben kaum Druckmittel, um sich gegen reiche oder mächtige Steueroasen durchzusetzen und schlecht ausgestattete Finanzbehörden, was von international agierenden Konzernen und lokalen Eliten ausgenutzt wird. So ist es Entwicklungsländern schwer möglich, funktionierende Steuersysteme aufzubauen. Der Umfang illegitimer internationaler Finanz-

ströme aus Entwicklungsländern betrug 2008 ca. 1,26–1,44 Billionen US-Dollar (Kar/Curcio 2011, VII). Illegitime internationale Finanzströme umfassen zu ca. 60–65 % Steuerhinterziehung, 35–40 % Geldwäsche, davon wiederum 0,005 % Terrorismusfinanzierung (Baker 2005). Der Verlust von Entwicklungsländern allein durch Transferpreise und falsche Rechnungslegung wird auf 160 Milliarden US-Dollar geschätzt (Christian Aid 2008). Andere vorsichtige Schätzungen beziffern die Verluste der Entwicklungsländer durch illegitime Geldflüsse durch Unternehmen auf 350–500 Milliarden US-Dollar (Baker 2005, S. 172). Die Summe übersteigt bei weitem die gesamte Entwicklungshilfe der reichen Länder in Höhe von 103,7 Mrd. US-Dollar (2007).

Neben den direkten Verlusten durch Steuerflucht ist die mittelfristige Verlagerung der Anteile bestimmter Steuerarten relevant. Firmen mit Unternehmensteilen in verschiedenen Ländern und KapitalanlegerInnen („mobiles Kapital“) haben viele Möglichkeiten, die Vorteile der verschiedenen Jurisdiktionen zu nutzen und Bilanzen und etwaige Steuererklärungen nach dem eigenen Vorteil zu gestalten, v.a. wenn die Angaben nicht überprüft werden, gerade im Hinblick darauf, ob reale Geschäfte getätigt werden oder lediglich buchhalterische Verlagerungen stattfinden. Dahingegen werden Arbeitseinkommen und Konsum direkt besteuert; hier ergeben sich so gut wie keine Gestaltungsmöglichkeiten. Kapitaleinkommen und Einkünfte aus selbstständiger Arbeit werden im Nachhinein deklariert, so dass sich andere Möglichkeiten ergeben, Steuerzahlungen zu umgehen. Außerdem lohnt sich Steuerflucht erst ab einer bestimmten Summe, die je nach Jurisdiktion verschieden ist (laut Webseiten von AnbieterInnen z.B. ab 50.000 Euro in Österreich und ab 500.000 Euro in der Schweiz oder Luxemburg).

In den letzten Jahrzehnten ist ein Trend zur Senkung der Steuersätze a) auf hohe Einkommen, Vermögen, Gewinne von Unternehmen und Kapital zu verzeichnen und b) ist der Anteil dieser Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen entweder gesunken oder ist proportional weit unter der Steigerung der Gewinne geblieben. Hingegen wurde der Faktor Arbeit stärker belastet, ebenso der Konsum. So stieg der Anteil der Sozialabgaben in der OECD von 18 % im Jahr 1965 auf 25 % im Jahr 2008; im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil genereller Konsumsteuern von 12 % auf 25 % (OECD 2009, 23). Beide Steuerarten haben eine regressive Verteilungswirkung, weil BezieherInnen niedriger Einkommen einen größeren Teil ihres Einkommens für den Konsum aufwenden bzw. Sozialabgaben eine Obergrenze haben, so dass mittlere und hohe EinkommensbezieherInnen die gleiche Summe zahlen. Der Anteil der Vermögensteuern sank hingegen von 1965 bis 2008 von 8 % auf 5 %. Trotz hoher Wachstumsraten der Unternehmen stieg der

Anteil der Unternehmensgewinne lediglich von 9 % auf 10 % (OECD 2009, S. 23). Noch offensichtlicher ist die mittelfristige Senkung der Unternehmensteuern an den Steuersätzen abzulesen. Nach OECD-Daten lagen die Steuersätze für Körperschaftssteuern 1981 in Österreich noch bei 55 %, 2009 bei 25 %. In Deutschland sind die Sätze von 56 % auf etwa 30 % gesunken (15 % Körperschaft- zuzüglich Gewerbesteuern), in den USA von 46 % auf 39 % (OECD 2011).<sup>5</sup>

Einen ähnlichen Trend zeigen Daten aus der letzten Dekade für die EU. Zwischen 2000 und 2008 stieg der Anteil der Steuern auf Konsum in den 27 EU-Staaten durchschnittlich von 20,9 auf 21,5 %, der Steuersatz um einen Prozentpunkt. Gesenkt wurden zwischen 2000 und 2010 insbesondere der Spitzensteuersatz auf Einkommen von 44,7 auf 37,5 % (also um 7,2 %) und die Unternehmensteuern von 31,9 auf 23,2 % (um 8,7 %) (Eurostat 2010).

In Österreich wurden verschiedene Maßnahmen umgesetzt, um mobiles Kapital niedriger zu besteuern. Die Vermögenssteuer wurde 1994 abgeschafft, der Körperschaftsteuersatz wurde 2005 von 34 % auf 25 % gesenkt und zusätzlich profitierten v.a. international aufgestellte Unternehmen von der Neuregelung der Gruppenbesteuerung (Lunzer 2006, S. 18). Der Faktor Arbeit wurde durch Senkungen der Einkommensteuer weniger entlastet, obwohl die Lohnquote seit Ende der 70er Jahre sinkt. Während sie im Jahr 1978 noch 72 % betrug, lag sie im Jahr 2006 bei nur noch 56 % (Guger/Marterbauer 2007, 16).

Trotz dieser Tendenz hat das österreichische Steuersystem eine umverteilende Wirkung, wie eine Studie des WIFO zeigt. Demnach ist die „Sekundärverteilung, die Verteilung der Einkommen nach Berücksichtigung aller Abgaben und öffentlichen Leistungen ... deutlich gleichmäßiger als die Verteilung der Primär- und Markteinkommen“. 43 % aller öffentlichen Transfers entfallen nach der Studie auf das untere Drittel der Haushalte Nicht-Selbstständiger, 31 % auf das mittlere und 25 % auf das obere (Guger et al. 2009). Daher sind pauschale Forderungen nach Steuersenkung aus Sicht von Personengruppen mit niedrigen Einkommen unvorteilhaft.

Mit der Verlagerung der Steuereinnahmen weg von der Besteuerung von hohem Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinnen hin zur Erzielung der Einnahmen über indirekte Steuern (v.a. Mehrwertsteuern) entwickeln sich die Steuersysteme der Industriestaaten in Richtung Steuersysteme der Entwicklungsländer. Für diese Systeme ist

---

5 Daten zu weiteren Steuerarten, die die Tendenz der Verlagerung von Unternehmen- Vermögen- und Kapitalertragsteuern hin zu Konsumsteuern und der Besteuerung des Faktors Arbeit bestätigen, finden sich in der Datensammlung „OECD Tax Database“.

charakteristisch, dass sie einen großen Anteil ihrer Einnahmen über indirekte Steuern beziehen, nämlich durchschnittlich 32 %, während der Anteil der direkten Steuern bei 16 % liegt (d.h. Steuern auf Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne)<sup>6</sup>. Bei Industriestaaten entfallen 28 % auf direkte Steuern, 25 % auf indirekte Steuern und 26 % auf Sozialversicherungsbeiträge (Missbach/Glatz 2008, S. 6).

Die Senkung der Steuersätze für Unternehmen und KapitalbesitzerInnen wurde häufig damit begründet, dass Kapital fliehen könne oder Unternehmen andere Standorte bevorzugen würden (Bundestag 2000). Untersuchungen von DAX-Konzernen belegen, dass Steuern bei 9 von 10 Unternehmen bei der Standortentscheidung keine Rolle spielen (Liebert 2007, S. 80). Untersuchungen zur US-Steuerreform von 1986 führten zu dem Schluss, dass die Senkung der Unternehmensteuersätze (hier um 12 %) nicht darauf abzielte, Unternehmen zur Übersiedlung zu bewegen, sondern die vorhandenen Unternehmen in der Standortkonkurrenz zu stärken (Genschel et al. 2008). Problematisch ist jedoch, dass sich in konkreten Fällen schwer überprüfen lässt, ob Unternehmen wirklich ihren Standort verlagern wollen, oder ob sie eine Drohkulisse aufbauen, um politisch niedrige Steuern durchzusetzen. Zudem haben Unternehmen durch die Liberalisierung die Möglichkeit erhalten „Wertschöpfung und Gewinnbesteuerung ohne große strukturelle Veränderungen räumlich voneinander zu entkoppeln“, etwa über die Auslagerung der Finanzierung oder Lizenzverwaltung in ein Niedrigsteuerland (Kraus 2009, S. 51f.). Neben dem Drohpotential, das durch Steuroasen real besteht, schöpfen Regierungen ihre Möglichkeiten zur Besteuerung nicht aus (Kraus 2009, S. 58ff.). Die Senkung von Steuern wurde mit Anreizen für Investitionen begründet. Diese These ist jedoch u. a. durch die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nach den Steuerreformen ab 2000 widerlegt: Während die Unternehmensgewinne stark stiegen, die Steuereinnahmen aus Gewinn- und Gewerbesteuern enorm einbrachen und erst ab 2002 langsam wieder stiegen, gingen die Investitionen bis 2003 zurück und erhöhten sich in der Folge nur wenig – weit unter den Gewinnzuwächsen.

Über die verteilende Funktion hinaus destabilisieren Steuroasen, die häufig auch Finanzoasen sind, das Weltfinanzsystem. Ein Großteil der Geschäfte, die die Finanzkrise ausgelöst haben, hat in Steuer- oder Regulierungsoasen stattgefunden; die meisten der hochspekulativen Hedgefonds sind dort registriert. Banken etablier(t)en „Schattenbanken“, d.h. Banken ohne Lizenz, die aber die Geschäfte einer Bank durchführen. So hat-

---

<sup>6</sup> Ein weiterer großer Teil der Einnahmen von Entwicklungsländern stammt aus Zöllen.

te die deutsche IKB-Bank eine Tochterfirma Rhineland Funding in der US-Steuroase Delaware und weitere Gesellschaften wie die Rhineland Funding Capital Corporation in Jersey, den Rhinebridge Fonds in Irland mit einer Tochter in Delaware. Damit machten die NutzerInnen eine Zeitlang hohe Gewinne, bis die Spekulationsmodelle zusammenbrachen, weil sie nur bei steigenden Märkten funktionieren. Die Firmenkonstrukte in Steueroasen hatten keinen Zugang zu Notkrediten, so dass die Banken die Verluste ihrer Töchter in die eigene Bilanz aufnahmen und letzten Endes die SteuerzahlerInnen über die Rettungsaktionen dafür aufkommen (Grefe/Schumann 2008, S. 106). Ein weiteres Problem ist die fehlende Transparenz. Da Steuer- und Regulierungsosasen keine Informationen herausgeben, war und ist unklar, welche Risiken und Verluste überhaupt dort versteckt sind.

Steueroasen sind also Rechtsrahmen, die es Unternehmen und Wohlhabenden erlauben, weniger Steuern zu zahlen als gesetzlich im Land des Standortes vorgesehen sind. Ihre Existenz und das Drohpotential, das ihre potentiellen NutzerInnen damit erlangen, führt zu Steuerwettbewerb zu Lasten derjenigen, die Steueroasen nicht nutzen können und zu Lasten von staatlichen Investitionen. Der größte Teil der Bevölkerung ärmerer Staaten verliert, ebenso der größte Teil der BürgerInnen reicher Staaten, und zwar ArbeitnehmerInnen und BezieherInnen niedriger oder mittlerer Einkommen und von Transferleistungen. In der öffentlichen Diskussion werden die Verluste, die Haushalte durch Steueroasen haben, selten erwähnt. Nach dem Gutachten eines Schweizer Beratungsunternehmens sollen umgerechnet ca. 12 Milliarden Euro nicht deklarierte Gelder aus Österreich allein in der Schweiz liegen, neben 16 Milliarden Euro aus Griechenland und fast 130 Milliarden Euro aus Deutschland (Thorne 2009, S. 13). Mittlerweile (2012) werden wesentlich höhere Zahlen genannt. Die österreichische Bundesregierung spricht von 12-20 Milliarden Euro österreichischer Vermögen in der Schweiz (Schieder 2012), die Arbeiterkammer von 15-25 Milliarden (AK 2012). Griechische Vermögen in der Schweiz werden inzwischen auf rund 200 Milliarden Euro geschätzt (FTD 2011).

### 3. Begriffe und Erzählungen zu Offshore-Ökonomie

„Places in the sun“ so übertitelte 2007 *The Economist* seinen Artikel über Offshore Finanzplätze. Plätze in der Sonne, Oase, Paradies, Hafen, räumliche Metaphern werden in unterschiedlichen Sprachen für Orte der niedrigen Besteuerung verwendet und implizie-

ren, wie am Beispiel der Oase, fruchtbarer Ort in der Wüste, gezeigt wird, eine bedrohliche Außenwelt vor der an einen sicheren Ort geflüchtet werden kann. Es fällt auf, dass die Begriffe in Bezug auf Offshore, die von der Steuerfluchtindustrie, den Medien und selbst von VertreterInnen der Zivilgesellschaft verwendet werden, positiv belegt sind. Dies steht jedoch in starkem Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Schaden der betreffenden Transaktionen.

Die Oase als räumliche Metapher findet sich im deutschen Wort *Steuroase*, der Hinweis auf den sicheren Zufluchtsort, den *Hafen*, im Englischen *tax haven* und das *Paradies* im Französischen *paradis fiscal* sowie im Spanischen *paraísos fiscales*. „The French and Spanish terms, ‚paradis fiscaux‘ and ‚paraísos fiscales‘ respectively, sound altogether heavenly“ (Christensen 2008, S. 16). Auch die Möglichkeit, Steuern durch Ausnutzen von Gesetzeslücken zu vermeiden, wird umgangssprachlich durch die räumlichen Metapher des (*Steuer-*) *Schlupfloches* benannt und damit verniedlicht. Diesem Begriff entspricht das englische *tax loophole*. Im Französischen verwandelt sich das Schlupfloch in eine *Lücke* oder *Nische*: *la niche fiscal*. Dem Paradies wird im Französischen die Steuerhölle gegenübergestellt: *l'enfer fiscal* (Ötsch 2008).

Der Begriff *Offshore-Welt* beinhaltet den räumlichen Verweis auf einen konkreten Ort, auf eine ferne Insel (*Offshore bzw. off shore*) und auf eine relevante Gesellschaftsgruppe, die sich klar abgrenzt (*Welt*). Offshore bedeutet wörtlich außerhalb der Küstenregion gelegen, und wird in diesem Sinne als Bezeichnung für verschiedene Orte fern der Küste genutzt, wie Offshorefelder (Ölbohrplattformen), Piratensender (Palan 2003, S. 22), im Meer liegende Windparks und Offshore Finanzplätze. Eine einheitliche Definition für Offshore Finanzplätze existiert ebenso wenig wie für die Steuroase; im allgemeinen Sprachgebrauch und auch in der Fachliteratur inkludiert dieser Begriff ein weites Spektrum. Der Begriff und seine Synonyme wurden in den frühen 80ern geprägt (Duffey, Giddy 1978, S. 37; McCarthy 1979, S. 3). Im Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus dem Jahr 2007 wurde zwischen zwei Hauptklassifikationen unterschieden, einem konzeptionellen, theoretischem (Wissenschaft) sowie andererseits einem operationalem Ansatz, der praktisch angewendet werden kann (Zoromé 2007, S. 4). Wiederkehrende Charakteristika für die Definition des *Offshore Centers* sind laut diesem Papier 1) die primäre Orientierung des Geschäfts auf Nichtansässige, 2) ein günstiges regulatorisches Umfeld und 3) der niedrige oder auf null festgelegte Steuersatz. Als einheitliche Definition wird vorgeschlagen: „An OFC is a country or jurisdiction that provides financial services to nonresidents on a scale that is incommensurate with the

size and the financing of its domestic economy“ (Zoromé 2007). In diesem Papier ist die geographisch abgetrennte Lage der Offshore Finanzplätze, wie der Name schon impliziert, ein wichtiger Faktor: Offshore-Finanzplätze befinden sich scheinbar außerhalb der Reichweite staatlicher („Onshore“) Regulierung der Herkunftsländer.

RepräsentantInnen der *Oasen*, *Paradiese* und *Häfen* und die AnbieterInnen der damit verbundenen „Finanzdienstleistungen“ bevorzugen, offiziell als *offshore financial centres* oder *international financial centres* bezeichnet zu werden (Tax Research LLP 2010, S. 1). Begriffe, die positiv konnotiert sind. Im Gegensatz zur Oase und dem Paradies haben sie die Anmutung einer offiziellen, seriösen und international tätigen Organisation bzw. eines Zentrums. So wie das Paradies Synonym für den perfekten Ort ist, wird auch hier die Verbindung zu räumlichen Superlativen hergestellt. Viele der höchsten Wolkenkratzer der Welt enthalten im Namen den Wortlaut *financial centre* bzw. *center*, wie das *Guangzhou International Finance Center* (440 m) oder das *Taipei Financial Center*, das mit 508 Meter bis 2009 das höchste Gebäude der Welt war.

Ein weiteres Motiv, das von AnbieterInnen häufig benutzt wird, ist das der *Familie* und des damit verbundenen *Zuhause*s. Eine Firma wirbt auf ihrer Webseite mit dem Slogan: „Wir haben für Sie bereits die besten Varianten als fertige Firmenpakete zusammengestellt. Sie müssen nur noch Ihren Firmennamen wählen und bekommen Ihr schlüsselfertiges Steuerparadies – auf Wunsch samt Offshore-Bankkonto – frei Haus geliefert“ (Global Cash 2011). *Schlüsselfertig* ist ein Begriff, der zunächst keinen Ort oder Raum impliziert. Entlehnt aus der Immobilienbranche (*schlüsselfertiges Bauen*), verweist er indirekt auf ein solides Haus, auf das lang ersehnte Eigentum und somit auf einen konkreten, gebauten Raum, der vom Kunden in Kürze, nach wenigen Minuten und Mausklicks, durch die Eingangstür betreten werden kann.

Mit „*Welcome to Nowhere; An introduction to offshore*“ ist das erste Kapitel des 2011 erschienenen Buchs „*Treasure Islands, Tax havens and the men who stole the world*“ von Nicholas Shaxson (Autor, Journalist und Vertreter des Tax Justice Network) übertitelt. Das Bild des *Nichts* (*nowhere = no place*) wird hier als Gegenentwurf zu allen Oasen und (Schatz)-Inseln der Offshore-Welt gezeichnet.

*Dunkel* (*Verdunklungsoasen*) und *schattig* sind beispielhaft zwei Adjektive, die sowohl in der Sprache der VertreterInnen der Zivilgesellschaft, als auch der WissenschaftlerInnen und Medien in Bezug auf Offshore verwendet werden, etwa als „*Offshore: The Dark Side of the Global Economy*“ (Brittain-Catlin 2005). Um den positiv konnotierten Begriffen wie Oase und Paradies etwas entgegenzusetzen wird auch hier eine von Metaphern geprägte Rhetorik verwendet. Die Farben grau – „*Gray Areas of Offshore Financial Centers*“ (Davis

2008) – und schwarz – „*Time to black-list the tax haven whitewash*“ (Shaxson, Christensen 2011) – werden bevorzugt in Verbindung mit Offshore und Steuroasen verwendet. Die Konnotation dieser Farben bildet einen Gegensatz zu den mit Oase und Paradies assoziierten Farben blau (Meer und Himmel), gelb (Sonne und Strand), grün (Palmen) und weiß (Edelweiß).

Gleichzeitig versuchen VertreterInnen der Zivilgesellschaft, v.a. des Tax Justice Network die Sprache in Zusammenhang mit Offshore und Steuroasen zu versachlichen und die gängigen unscharfen Begriffe durch eindeutigeren Termini zu ersetzen: „*The difficulty with the terms tax haven, offshore financial centre and international financial centre is that no one has ever been able to define what they mean by these terms, so we created the alternative, and more accurate description 'secrecy jurisdiction'*“ (Tax Research LLP 2010, S. 1).

Das Tax Justice Network hat 2008 den Begriff *secrecy world* bzw. *secrecy jurisdiction* eingeführt, der den Begriff *offshore world* bzw. *tax haven* ersetzen soll (TJN 2008). Eine Umbenennung des Begriffes ist vom räumlichen Aspekt angebracht, wie Richard Murphy anmerkt. Der Begriff *offshore world* rufe die Vorstellung hervor, es handele sich um einen konkreten, lokalisierbaren Ort. Das sei inkorrekt, da diese Orte keine eindeutig definierbare Lage haben (Murphy 2009, S. 2). „*Second, it suggests that the assumption that the secrecy world is geographically located is not correct. It is instead a space that has no specific location*“ (Murphy 2009, S. 2). Etwas vorsichtiger drückt sich John Christensen aus, nach dem Steuroasen dadurch geografisch identifiziert werden können, dass sie eine eigene Legislative haben: „*Tax havens can be geographically identified. The characteristic that they have in common is that they have the right to create legislation*“ (Christensen 2008, S. 14).

Das deutsche Wort *Schattenfinanzplatz* (anstelle von *Offshore-Zentrum*) enthält zwei räumliche Metaphern, wobei die erste zugleich wertend ist. Einerseits der – in diesem Zusammenhang – negativ belegte *Schatten*, der lt. Definition ein Raum ist (Schattenraum) und zweitens der *Platz*, ein Begriff, der im Städtebau eine eindeutig räumliche Definition hat. Die Übersetzungen der vom Tax Justice Network eingeführten Begriffe in andere Sprachen verdeutlichen die Schwierigkeit, sachliche und wertfreie Worte als Ersatz für Steuroase und Offshore-Zentrum zu finden.



## 4. Die konkreten Räume und die Rhetorik

Anhand von drei Beispielen stellen wir dar, wie stark die konkreten Orte von den Darstellungen der AnbieterInnen von Offshore-Dienstleistungen abweichen. Wir skizzieren im Folgenden Situationen aus den beiden größten Schattenfinanzplätzen in Europa, nämlich der Schweiz und Luxemburg und gehen als dritten Fall auf die Steueroase Österreich ein.

### *a) Die Schweiz: „Domizilgesellschaften“ und Wohnsitz reicher Privatpersonen*

Die Finanzindustrie der Schweiz wirbt mit Bildern, die intakte Natur und Landschaften, Gebirgsblumen, klare Seen und Designermobiliar zeigen. Der Staat nimmt den ersten Platz im Private Banking ein, vor den Karibischen Inseln und Luxemburg (OECD 2008). Etwa ein Drittel des weltweit Offshore (also außerhalb des Herkunftslandes) angelegten Privatvermögens wird in der Schweiz verwaltet. Die Angaben über den Umfang des angelegten Privatvermögens schwanken umgerechnet zwischen 1,3 und 2,8 Billionen Euro. Schätzungsweise 50-90 % dieses Geldes ist nicht versteuert (EvB 2005).

Die Etablierung der Steueroase Schweiz begann im Kanton Zug. Der verarmte Kanton führte – unterstützt von Juristen und Geschäftsleuten aus Zürich – 1918 und in den 30er Jahren Steuergesetze ein, die darauf abzielten, Kapital aus dem benachbarten Zürich anzuziehen (Palan et al. 2010, S. 111). 1934 wurde das Schweizer Bankgeheimnis eingeführt. Die damalige Finanzkrise hat die Schweiz 1931 besonders hart getroffen. Für Zugeständnisse bei der Finanzmarktregulierung und um den Abzug von Geldern von Schweizer Konten zu stoppen, setzten Vertreter der Schweizer Banken das verschärfte Bankgeheimnis durch (Palan et al. 2010, S. 122). Schweizer Banker versuchten auch in diesem Fall, Minderheiten für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Über ein Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt setzten sie 1966 die Legende in die Welt, das Bankgeheimnis habe Gelder jüdischer AnlegerInnen schützen sollen. Diese Erzählung wurde verbreitet, als der Druck von Seiten der OECD größer wurde und Regulierungen zu Steuerflucht im US-Kongress beschlossen werden sollten (Hug 2002, S. 269ff.). Zug erhebt bis heute niedrige Steuersätze oder keine Steuern auf bestimmte Unternehmensformen (EvB 2005).

Der Kanton Zug hat etwas über 100.000 Einwohner. Bei der Suche im Handelsregister erscheinen 32.269 Unternehmen. Etwa ein Drittel dieser Firmen sind als aktiv verzeichnet; andere haben laut Eintragungen nur kurz existiert (Handelsregister Zug, 2.9.09). Wie sehen diese Firmen aus?



Abbildung 1: 194 Firmen sind in diesem 4-stöckigen Gebäude (rechts) in der Bahnhofstraße 7 in Zug ansässig. Beschriftete Türklingeln und Briefkästen gibt jedoch nur fünf. Foto: Celia Di Pauli.



Abbildung 2: Die Boris Becker GmbH in der Ruessenstraße 6 in Baar macht nach Handelsregister Geschäfte mit Beteiligungen v.a. an Sportveranstaltungen, bietet Beratungsleistungen für Sportler, Künstler und vermarktet Boris Beckers Rechte. Diese Aktivitäten finden in einem bescheidenen Container statt. Telefon und Fax gibt es nicht, aber einen Briefkasten, den die Becker GmbH mit einer anderen Firma teilt. Foto: Celia Di Pauli.

*b) Luxemburg: Zwischen Europa und Kleinstaaterei per Bankgeheimnis*

Das Land mit 493.300 Einwohnern ist gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf das reichste Land der Welt, was größtenteils auf den Finanzsektor zurückzuführen ist (Palan et al. 2010, S. 119). Es ist nicht nur der Sitz verschiedener Institutionen der EU, u.a. des Europäischen Gerichtshofs, des Europäischen Rechnungshofs, der Europäischen Investitionsbank und des Sekretariats des Europäischen Parlaments. Eine Vielzahl von Flaggen an zentralen Orten in Luxemburg und die exponierte Lage der Institutionen der EU suggerieren eine gemeinschaftliche Ausrichtung, die jedoch im Widerspruch steht zur Steuerpolitik des Landes.

Luxemburg ist weltweit der zweitgrößte Markt bei Investmentfonds hinter den USA, und zwar mit einem Anteil von 25 %. Das zweite Standbein der Luxemburger Finanzindustrie ist das Private Banking. Hinter der Schweiz und der Karibik nimmt Luxemburg mit 15 % Marktanteil den dritten Platz ein (Falk 2009, S. 13). Als eines der ersten Länder führte Luxemburg schon 1929 die Rechtsform einer Holding ein, auf die keine Einkommen-, Vermögen- und Kapitalertragsteuer gezahlt werden mussten.<sup>7</sup> Das mittlerweile auf Druck der EU verbotene Steuerfluchtmodell der Holding 1929 wurde abgelöst durch vergleichbare Modelle, wie aus der Werbung von SteuerfluchtdienstleisterInnen hervorgeht (Palan *et al.* 2010, S. 119). Als einziger Staat in der EU mit Österreich beharrt das Land auf dem Bankgeheimnis und weigert sich, Informationen über Kontodaten ausländischer Unternehmen oder BürgerInnen an die zuständigen Finanzämter weiterzugeben. Finanzunternehmen zahlen in Luxemburg wenige oder niedrige Steuern und können Gewinne zu einem Teil steuerfrei ausschütten. AnlegerInnen können anonym bleiben, indem sie Treuhänder vorschieben. Die Unternehmensformen sind dafür geeignet, ausländisches Kapital anzuziehen.

Nach Aussagen der Luxemburger Regierung sei Luxemburg längst keine Steueroase mehr, sondern ein „internationaler Finanzplatz“. Die Recherche vor Ort ergibt jedoch, dass Luxemburg eine Vielzahl von Firmen beheimatet, denen keine substantielle unternehmerische Tätigkeit zugrunde liegt. Es finden sich eine Vielzahl von Firmenschildern (v.a. von Finanzfirmen) ohne Briefkästen, viele Briefkastenfirmen und Firmen, die offiziell in Luxemburg sitzen, unter der angegebenen Adresse aber nicht zu finden sind, z.B. die Firmen PayPal und E-Bay. Seit 1990 ist Luxemburg ein wichtiger Standort für

---

<sup>7</sup> Holdings dürfen i.d.R. keine substantielle Geschäftstätigkeiten ausüben, es sind reine Finanzierungs- und Verwaltungsgesellschaften.

die Schifffahrt, nämlich für *flags of convenience* bzw. *Billigflaggen* (Palan et al 2010, S. 119), obwohl der Staat weder Küste noch einen nennenswerten Hafen hat.



Abbildung 3 und 4: 21-25 Boulevard Royal in Luxemburg. Das Gebäude in der renommierten Geschäftsstraße wirkt verlassen. Vor dem Gebäude steht ein Schild mit der Aufschrift „Centre Financier et Administratif“, d.h. Zentrum für Finanzen und Verwaltung und weitere Firmennamen. An dem Gebäude ist außerdem eine Plakette der Schweizer Botschaft angebracht, die tatsächlich hier sitzt: 25 A, Boulevard Royal. Interessant ist der gegenüberliegende Eingang, die 25 B: Hier finden sich über 160 Briefkästen, wovon einige mit mehr als 30 Firmen-namen besetzt sind. Im gleichen Gebäude (ein Eingang weiter) befindet sich das Ministerium für Wirtschaft und Außenhandel und das Ministerium für Transport. Fotos: Silke Ötsch

c) *Steueroase Österreich*

Wenn RepräsentantInnen einer Steueroase wiederholt betonen, die Jurisdiktion sei *keine* Steueroase und KritikerInnen mit dem Hinweis diskreditieren, die Information sei veraltet, sei dieses ein Indiz für eine Verdunkelungsoase, so Shaxson (Shaxson 2011, S. 9). Das österreichische Finanzministerium gab als Reaktion auf eine Veranstaltung des Öko-Sozialen Forums und der Arbeiterkammer Wien mit dem Titel „Jenseits von Steuerflucht und Steueroasen“ eine Pressemitteilung heraus, in der Finanzstaatssekretär Lopatka erklärte: „Österreich ist keine Steueroase!“ Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht würden umgesetzt (BMF 2009).

Um herauszufinden, ob es räumliche Indizien für Österreichs Status als Steueroase gibt, recherchierten wir vor Ort im Kleinwalsertal und in Jungholz. Dabei handelt es sich um ehemalige Zollenklaven. Die Gebiete sind dafür bekannt, dass Deutsche bei den dortigen Banken Geld anlegen. Durch das Bankgeheimnis haben deutsche Behörden keinen Zugriff auf Kontodaten.<sup>8</sup>

Riezlern ist ein Ort mit 1949 EinwohnerInnen im Kleinwalsertal mit Einfamilienhäusern und touristischen Einrichtungen wie Cafés, Restaurants, Gästezimmern und Hotels. An der Hauptstraße der Ortschaft finden sich neben einem Casino auffällig viele Banken; im ganzen Ort sind es zehn. Die Raiffeisenbank Kleinwalsertal im Ort Riezlern betreut Kundenvermögen in Höhe von drei Milliarden Euro, wie auf der Homepage der Bank zu lesen ist. (Raiffeisen 2008)<sup>9</sup>.

Das österreichische Dorf Jungholz im Oberallgäu hat knapp 300 EinwohnerInnen und die höchste Bankendichte in Österreich. Bei der Tiroler Sparkasse, der Volksbank Tirol Jungholz und dem Bankhaus Jungholz (eine Zweigniederlassung der Raiffeisenbank Reutte) sind insgesamt 4 Milliarden Euro angelegt, wovon 3 Milliarden auf das Bankhaus Jungholz entfallen. Dort verwalten 300 MitarbeiterInnen vor allem Anlagen reicher PrivatkundInnen (Raiffeisenbank Reutte 2009). Nach Presseangaben sollen 15.000 Deutsche hier ein Konto haben (Stern 2005).

---

8 Das Bankgeheimnis gilt zwar in ganz Österreich, aber die Standorte Kleinwalsertal und Jungholz haben sich vermutlich zu beliebten Anlaufstellen entwickelt, weil es früher keine Zollkontrollen gab und die Orte eine deutsche und österreichische Postleitzahl haben, da sie per Straße nur über Deutschland erschließbar waren. Postverkehr mit der Bank fiel angeblich weniger als Auslandspost auf. Die Banken im Kleinwalsertal und in Jungholz sind auf das Geschäft mit Deutschen spezialisiert und bieten entsprechende Dienstleistungen an, etwa zur Umgehung der Abgeltungssteuer.

9 Die Raiffeisenbank Kleinwalsertal hat sich 2010 in „Walser Privatbank“ umbenannt und ist mittlerweile auch in Deutschland und Luxemburg vertreten (Walser Privatbank 2011).

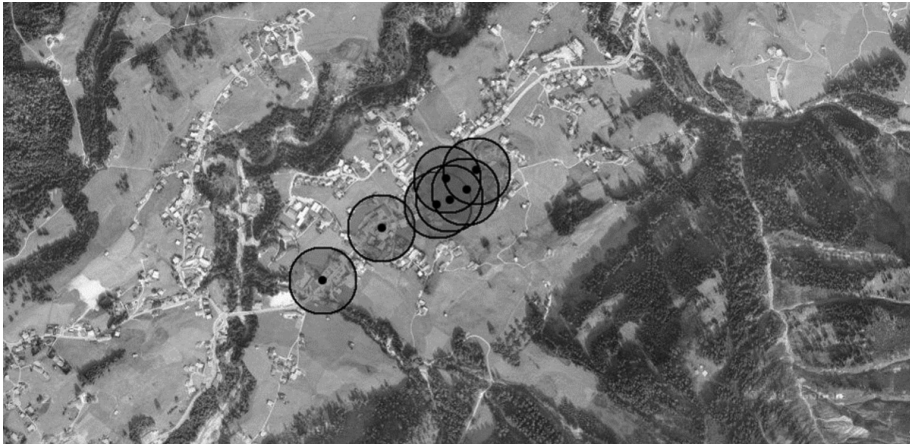


Abbildung 5: Bankendichte Kleinwalsertal. <http://maps.google.de/>, Bearbeitung: Celia Di Pauli



Abbildung 6: Habsbichl, Gemeinde Jungholz, „Auf Wiedersehen. Im Beratungszentrum für gehobene Kapitalanlagen.“  
Foto: Silke Ötsch.

Auch hier ergeben sich Situationen, die räumlich absurd sind und die Auffassung untermauern, dass Österreich nach wie vor eine Steueroase ist und AusländerInnen vor allem wegen des Bankgeheimnisses unversteuertes Geld auf österreichischen Banken anlegen. Das Bankgeheimnis wurde in verschiedenen Stufen eingeführt bzw. als Gesetz abgewandelt. 1948 wurde im Zuge der Währungsunion das anonyme Sparbuch eingeführt (Kofler 2009), angeblich, um das unter den Kopfkissen liegende vom Schwarzmarkt der Nachkriegszeit stammende Geld auf Konten bei den Banken zu leiten. Bei der Einrichtung eines Sparbuches konnte ein „falscher oder erdichteter Name“ angegeben werden (Bundeskanzleramt 1967). Das Bankgeheimnis wurde 1979 Gesetz und 1994 ins Bankwesengesetz aufgenommen (Kofler 2009) und konnte damit nur noch mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Auf internationalen Druck wurden 2002 die anonymen Sparkonten abgeschafft, um Geldwäsche zu bekämpfen, nicht aber das Bankgeheimnis. Im September 2009 wurde das Bankgeheimnis durch ein Amtshilfe-Durchführungsgesetz (ADG) nur leicht eingeschränkt. Generelle Anfragen nach Daten ausländischer AnlegerInnen werden immer noch abgewiesen. Kontoinformationen werden nur herausgegeben wenn der ersuchende Staat Angaben zur Identität der Person und ihrer Bank angibt, dazu eine Begründung, warum die Person der Steuerflucht verdächtigt wird und den Nachweis, dass der Staat alle eigenen Mittel ausgeschöpft hat, um die Informationen zu erhalten (ADG 2009). Die benötigten Informationen haben die Behörden jedoch aufgrund des Bankgeheimnisses i.d.R. nicht. Damit ist Österreich der einzige Staat in der EU neben Luxemburg, der Informationen nicht automatisch weitergibt – zu Gunsten von KapitalanlegerInnen und Selbstständigen. Im Gegensatz dazu werden Informationen über Einkommen Angestellter direkt an die Finanzbehörden weitergegeben.

## 5. Zeitgenössische Märchen

Die Beispiele zeigen, dass Steueroasen vom räumlichen Standpunkt ein absurdes Phänomen sind. Die Briefkastenfirma ist gekennzeichnet durch ein unproportionales Verhältnis von Unternehmenszahlen und Büroflächen. In den Verdunkelungsoasen ergibt sich außerdem eine unwahrscheinliche Relation von Bevölkerungszahl, Firmen, Telefon- und Faxnummern. Funktionen und Geographie passen nicht zueinander, wie am Beispiel Luxemburg als Standort von Billigflaggen deutlich wird. Ebenso unpassend mutet die Bankendichte im Kleinwalsertal an oder die Summe der Anlagen umgelegt auf Einwoh-

nerInnen. Das Beispiel der Gemeinde Jungholz in Tirol zeigt, wie wenig unter dem Strich für die Mehrheit der Bevölkerung heraus kommt. Der Ort mit seinen 288 EinwohnerInnen und den fünf ansässigen Banken mit Anlagen in Höhe von ca. vier Milliarden Euro nahm 2008 die vergleichbar kleine Summe von 191.993 Euro Kommunalsteuern ein (Land Tirol 2008, S. 78). Mit 667 Euro pro EinwohnerIn gehört Jungholz zwar zu den besser gestellten Gemeinden. Gemessen an den Anlagen bei Banken in Jungholz macht die Kommunalsteuer weniger als eine Promille der angelegten Mittel aus. Wenn die vier Milliarden Euro versteuert werden würden, ergäbe dies öffentliche Mittel in mehrstelliger Millionenhöhe.

Steueroasen sind keine Räume, sondern Jurisdiktionen, sozusagen politisch-juristische Gebilde mit der Möglichkeit, Gesetze zu erlassen, die bestimmten Personengruppen helfen, legale Bestimmungen des Herkunftslandes zu umgehen. Steueroasen sind also nicht über den Raum charakterisiert, sondern über ein Mehrklassen-Rechtssystem.

Wir nehmen an, dass die Diskrepanz zwischen Erzählungen zu Steueroasen und den realen Orten und Rechtsräumen besonders groß ist, weil die Mehrheit der Bevölkerung vom System der Steueroasen benachteiligt ist, dieses jedoch auf politische Stützung angewiesen ist. Derzeit ist zu beobachten, wie sich weitere Erzählungen zur Finanzmarktregulierung herausbilden. So wird suggeriert, es werde nun gegen Steueroasen vorgegangen. Die G 20 beschlossen kurz nach dem Crash von Lehman Brothers, das Bankgeheimnis abzuschaffen. Dieses Unterfangen wird jedoch derzeit auf EU Ebene (die bei Haushaltsentscheidungen auf Einstimmigkeit angewiesen ist) im Rahmen der Zinsrichtlinie von Österreich und Luxemburg blockiert. Die OECD-Initiative, die durch die schwarze und graue Liste der Steueroasen Aufmerksamkeit erregte, ist wenig wirksam, da die OECD die Kriterien für Steueroasen abschwächte und allein die Unterzeichnung von wenig aussagekräftigen Abkommen zum Informationsaustausch ausreicht, damit ein Staat von der Liste gestrichen wird. Während Steueroasen untereinander Abkommen schlossen und damit die Bedingungen der OECD erfüllten, wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, Steuerflucht werde nun bekämpft. Die Zwischenbilanz ist durchmischt: während Initiativen zumeist mächtiger Staaten wie der USA gegen Steuerflucht Erfolge verzeichneten (wie beim Streit zwischen den USA und der Schweizer UBS), wurden andere Initiativen gestoppt, etwa die Zinsrichtlinie der EU, die vorsieht, dass nicht nur Informationen über Arbeitseinkommen-, sondern auch Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne in der gesamten EU direkt an die zuständigen Finanzbehörden weitergegeben werden (Ötsch 2009, S. 131ff.). Die Zinsrichtlinie wurde inzwischen durch bilaterale



Doppelbesteuerungsabkommen abgeschwächt (zwischen der Schweiz und Deutschland und Österreich), nach deren Regeln BesitzerInnen von Schwarzgeld weiter anonym bleiben und gegenüber Steuerehrlichen begünstigt werden (Ötsch 2012, S. 36ff). Dabei gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen, wie Steueroasen technisch abgeschafft werden können. Maßnahmen müssen unserer Beobachtung nach jedoch nicht nur an technischen Gesichtspunkten, sondern an den Erzählungen ansetzen und die Märchen aufdecken, die WählerInnen gegen die eigenen Interessen agieren lässt. Steueroasen sind die potemkinischen Dörfer von heute.

## Literatur

- ADG (2009): Republik Österreich (08.09.2009): 102. Bundesgesetz: Amtshilfe-Durchführungsgesetz – ADG. In: Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2009\\_I\\_102/BGBLA\\_2009\\_I\\_102.pdf](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2009_I_102/BGBLA_2009_I_102.pdf).
- AK (2012): AK Präsident Zangerl kritisiert Schweiz-Deal: Persilschein für Steuerbetrug im großen Stil, 12.04.2012, <http://m.tirol.arbeiterkammer.at/online/persilschein-fuer-steuerbetrug-im-grossen-stil-66835.html>. [27.04.2012]
- Baker, Raymond W. (2007): Magnitudes: dirty money, lost taxes and offshore, [http://www.taxjustice.net/cms/front\\_content.php?idcat=103](http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=103) [17.6.09].
- Baker, Raymond W. (2005): Capitalism's Achilles heel. Dirty money and how to renew the free-market system. Hoboken N.J.: John Wiley & Sons.
- Brittain-Catlin, William (2006): Offshore: The Dark Side of the Global Economy. ORT: Picador.
- BCG (2003): Winning in a Challenging Market: Global Wealth 2003, The Boston Consulting Group.
- BMF (2009): Lopatka: "Österreich ist keine Steueroase!". Stärker regulierter Finanzsektor wird kommen. Pressemitteilung vom 16.04.2009. <http://m.bmf.gv.at/Presse/Pressearchiv2009/9961.htm> [20.04.2011].
- Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem (1967): Justiz (OGH, OLG, LG, BG, AUSL). Rechtssatznummer RS0072864. [http://www.ris.bka.gv.at/JustizEntscheidung.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JJT\\_19700407\\_OGH0002\\_0080B00071\\_7000000\\_000&IncludeSelf=True&ShowPrintPreview=True](http://www.ris.bka.gv.at/JustizEntscheidung.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JJT_19700407_OGH0002_0080B00071_7000000_000&IncludeSelf=True&ShowPrintPreview=True).
- Bundesregierung (2009): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der FDP. Drucksache 16/12028, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/120/1612028.pdf> (18.6.2009), S. 3.
- Bundestag (2000): BT-Drucksache 14/2074, 3.3.2000.
- Cap, Gemini/Merril Lynch (2011): World Wealth Report 2010. Online verfügbar unter <http://www.capgemini.com/services-and-solutions/by-industry/financial-services/solutions/wealth/worldwealthreport/>.
- Christensen, John (2008): The Language of Offshore. in Tax Justice Focus [http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/TJF\\_4-2\\_AABA\\_-\\_Research.pdf](http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/TJF_4-2_AABA_-_Research.pdf) (21.4.2011), S.16.
- Christian, Aid (2008): Death and taxes: the true toll of tax dodging, Bericht von Christian Aid, Mai 2008, <http://www.christianaid.org.uk/images/deathandtaxes.pdf>.
- Coldwell (2011): Internetseite einer auf Offshore-Dienstleistungen spezialisierten Firma: <http://www.offshore-professional.com/de/index.html> [9.4.2011].
- Davis, Matthew Benjamin (2008), „Gray Areas of Offshore Financial Centers“ University of Tennessee Honors Thesis Projects. [http://trace.tennessee.edu/utk\\_chanhonoproj/1167](http://trace.tennessee.edu/utk_chanhonoproj/1167).
- Dijk, Michiel van/ Weyzig, Francis/Murphy Richard (2006): The Netherlands: A Tax Haven?, hrsg. von SOMO. Amsterdam: November 2006.

- DIW 2008: Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen, Wochenbericht des DIW, 7.11.08, <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/74780/07-45-1.pdf>.
- Dufey, Gunter/Giddy, Ian (1978): *The International Money Market*. Prentice-Hall: New Jersey.
- Economist (2011): Flat-pack accounting. Forget about the Gates Foundation. The world's biggest charity owns IKEA—and is devoted to interior design. In: *The Economist*, 11.04.2011. <http://www.economist.com/node/6919139>.
- Economist (2007): A survey of offshore finance, Places in the sun. In: *The Economist*, 23.04.2011. <http://www.economist.com/node/8695139>.
- Eurostat (2010): Taxation trends in the European Union. EU27 tax ratio fell to 39.3% of GDP in 2008, 28 June 2010. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/2-28062010-BP/EN/2-28062010-BP-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-28062010-BP/EN/2-28062010-BP-EN.PDF) [11.04.2011].
- Financial Times (2011): Christensen, John/Nicholas Shaxson: Time to black-list the tax haven whitewash In: *Financial Times* 4.April 2011 [www.ft.com/cms/s/0/0f687dee-5eea-11e0-a2d7-00144feab49a.html](http://www.ft.com/cms/s/0/0f687dee-5eea-11e0-a2d7-00144feab49a.html).
- FTD (2011): Schweiz soll Griechen-Geld ausliefern, *Financial Times Deutschland*, 18.10.2011, <http://m.ftd.de/artikel/60117780.xml?v=2.0> [26.04.2012]
- EvB (2005): Erklärung von Bern, Die Schweiz als Steueroase und Modell für den weltweiten Steuerwettbewerb, <http://www.evb.ch/p25010169.html> [8.9.09].
- Falk, Rainer (2009): Zur Debatte um Steueroasen. Der Fall Luxemburg, 2009, <http://www.weltwirtschaftund-entwicklung.org/downloads/etudefalk.pdf>.
- Genschel, Philipp/Rixen, Thomas/Uhl, Susanne(2008): Die Ursachen des europäischen Steuerwettbewerbs (The institutional foundations of European tax competition). In: *Politische Vierteljahresschrift* 48, Special Issue 2007/2, Governance in der EU, S. 297-320.
- Gordon Report (1981): *Tax Havens and their Use*. by US Taxpayers Internal Revenue Service, Washington, DC.
- Graetz, Michael J./Shapiro, Ian (2005): *Death by a thousand cuts. The fight over taxing inherited wealth*. 1. ed. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Guger, Alois/Marterbauer, Markus (2007): Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich – ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Working Paper. WIFO. Wien. (307).
- Global Cash (2011): [http://www.globalcash.info/offshore\\_firmen/index.php](http://www.globalcash.info/offshore_firmen/index.php) 24.4.2011 23:05.
- Handelsregister Zug (2009): [http://www.powernet.ch/cgi-bin/hrform.cgi/hraPage?alle\\_eintr=on&pers\\_sort=original&pers\\_num=0&language=1&col\\_width=366&amt=170](http://www.powernet.ch/cgi-bin/hrform.cgi/hraPage?alle_eintr=on&pers_sort=original&pers_num=0&language=1&col_width=366&amt=170) [abgerufen Juli 2009].
- Herrmann, Ulrike (2010): *Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Westend.

- Hug, Peter (2002): Steuerflucht und die Legende vom antinazistischen Ursprung des Bankgeheimnisses: Funktion und Risiko der moralischen Überhöhung des Finanzplatzes Schweiz. In: Tanner, Jakob/Weigel, Sigrid (Hrsg.): Gedächtnis, Geld und Gesetz. Zürich: vdf Hochschulverlag, S. 269–321.
- ICFTU 2006: International Confederation of Free Trade Unions, Having their cake and eating it too: the Big Corporate Tax Break, Juli 2006, S. 34.
- Kar, Dev/Curcio, Karly (2011): Illicit Financial Flows from Developing Countries: 2000-2009. Update with a Focus on Asia. Global Financial Integrity. Washington. <http://iff-update.gfi.org/> [10.04.2011].
- Kofler, Georg (2009): Die Zukunft des österreichischen Bankgeheimnisses im internationalen Kontext. Vortrag Seminar für Bankrecht Universität Linz, 16.6.2009, [http://www.bankrechtsinstitut.at/dokumente/Vortrag\\_Podiumsdiskussion\\_Kofler\\_Bankgeheimnis.pdf](http://www.bankrechtsinstitut.at/dokumente/Vortrag_Podiumsdiskussion_Kofler_Bankgeheimnis.pdf) [20.4.2011].
- Kraus, Astrid (2009): Unternehmensbesteuerung – gibt es nationalstaatliche Handlungsspielräume. In: PROKLA, H. 154, S. 47–69.
- Land Tirol (2009): Die Finanzlage der Gemeinden Tirols. Herausgegeben von Amt der Tiroler Landesregierung. [http://www.tiroler-bauernbund.at/dataarchive/data48/finanzstatistik\\_2009\\_mit\\_lesenzeichen.pdf](http://www.tiroler-bauernbund.at/dataarchive/data48/finanzstatistik_2009_mit_lesenzeichen.pdf) [20.04.2011].
- Liebert, Nicola (2007): Wie sich der Staat selbst das Wasser abgräbt – und was dagegen zu tun wäre. Die deutsche Steuerpolitik auf dem Prüfstand (Schriftenreihe Kritische Wissenschaften). Münster: MV-Verlag.
- Lunzer, Gertraud (2006): Struktur und Verteilungswirkung des österreichischen Steuersystems. In: Kurswechsel, H. 1, S. 14–24.
- Missbach, Andreas/Glatz, Anne-Kathrin (2008): Ein Elefant im Wohnzimmer. Die Entwicklungsländer verlieren durch Steuerparadiesen 245 Milliarden Dollar jährlich. Herausgegeben von Erklärung von Bern, Zürich. (nach Daten Deza 2006).
- McCarthy, Ian S. (1979): Hosting Offshore. Banks: Benefits and Costs. IMF Working Paper No 32.
- Murphy, Richard (2009): Defining the Secrecy World. Rethinking the language of 'offshore'. Herausgegeben von Tax Justice Network. <http://www.secrecyjurisdictions.com/PDF/SecrecyWorld.pdf> [29.4.2011].
- OECD (2011): OECD Tax data base. [http://www.oecd.org/document/60/0,3746,en\\_2649\\_34533\\_1942460\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/60/0,3746,en_2649_34533_1942460_1_1_1_1,00.html).
- OECD (2009): Revenue Statistics. 1965-2009. Paris (Revenue statistics, 1965/2008).
- OECD (2008): Economic Survey of Luxembourg 2008, OECD Policy Brief, Paris, June.
- OECD & Neighbour, John (2002): Transfer pricing: Keeping it at arm's length, OECD Observer, Januar 2002, [http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer\\_p](http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/670/Transfer_p) [April 2009].
- OECD (1998): Harmful Tax Competition, Bericht der OECD, 1998.

- Ötsch, Silke (2008): The Spatiality of Letterbox Companies. Offshore spaces - a world of new Potemkin villages. Paper zur Konferenz „Planning, Policies and Institutions for Integration“ of the Association of European Schools of Planning AESOP, St. Petersburg, Februar 2008: <http://www.aesop-youngacademics.net/showyaprintdoc.php?docid=385>.
- Ötsch, Silke (2009): Politische Maßnahmen gegen Steueroasen, in: Ötsch, Silke/Di Pauli, Celia (Hrsg.): Räume der Offshore-Welt. Frankfurt: Verlag Attac-Trägerverein, 2009.
- Ötsch, Silke (2012): Die Normalität der Ausnahme: Finanzoasen als Parallelökonomie von Eliten und die ausbleibende Regulierung. In: Momentum Quarterly 1 (1), S. 27–44.
- Palan et al. (2010): (Palan, Ronen/Richard Murphy/Christian Chavagneux) Tax havens: How globalization really works. 1. publ., 1. print. Cornell studies in money. Ithaca u.a.: Cornell Univ. Press.
- Pak, Simon (2008): Trade Mis-Pricing as a Channel for Illicit Financial Flows. Presentation at the Meeting of the Task Force on the Development Impact of Illicit Financial Flows, 1–2 April 2008, Oslo.
- Raiffeisenbank Reutte (2009): Pressemitteilung der Raiffeisenbank Reutte, Raiffeisenbank Reutte / Bankhaus Jungholz / Geschäftsjahr 2008 mit dem drittbesten Ergebnis in der 110-jährigen Geschichte, 26.2.09, [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20090226\\_OTS0080](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090226_OTS0080).
- Raiffeisen (2008): <http://www.raiffeisen-kwt.at/alles-fuerihr-vermoegen/anlageziele/erben-vererben/> [21.06.2008].
- Palan, Ronen (1998): The emergence of an offshore economy. In: Futures, Jg. 30, H. 1, S. 63–73.
- Palan, Ronen (2003): The Offshore World. Ithaca and London: Cornell University Press, 2003.
- Schieder, Andreas (2012): Geld braucht Kontrolle, Meldung am 07.03.2012, Webseite von Andreas Schieder, Staatssekretär im österreichischen Bundesministerium für Finanzen ab 2008, <http://www.schieder.spoe.at/?cat=31> [27.04.2012]
- Schumann, Harald/Grefe, Christiane (2008): Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung - die Zukunft der Globalisierung. 1. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Sullivan, Martin (2007): Lessons From the War on Tax Havens. In: Tax Notes, 30.07.07.
- Thorne, Peter (Mai 2009): Swiss banking secrecy and taxation. Paradise lost. Herausgegeben von Helvea. Genf.
- TJN (2009): Schattenfinanzindex des Netzwerks Steuergerechtigkeit. [www.secretjurisdictions.com](http://www.secretjurisdictions.com).
- TJN (2008): Tax Justice Network und Richard Murphy, Tax Havens Creating Turmoil, Bericht für den Finanzausschuss des Britischen Unterhauses.
- TJN (2005): Tax Justice Network, The Price of Offshore, [www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Briefing\\_Paper\\_The\\_Price\\_of\\_Offshore\\_14\\_MAR\\_2005.pdf](http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Briefing_Paper_The_Price_of_Offshore_14_MAR_2005.pdf).
- TJN (2010): Research Briefing Secrecy Jurisdiction Tax Research LLP <http://www.taxresearch.org.uk/Documents/Secrecyjurisdiction.pdf>.
- TJN (2010): Research Briefing Secrecy Jurisdiction Tax Research LLP <http://www.taxresearch.org.uk/Documents/Secrecyjurisdiction.pdf>.

- Walser Privatbank (2011): Pressemitteilungen der Walser Privatbank <http://www.walserprivatbank.com/presse-medien/> [20.04.2011].
- Ward, Andrew (2011): Probe reveals Ikea tax structure. In: Financial Times, 26.01.2011, <http://www.ft.com/cms/s/0/2437643c-2985-11e0-bb9b-00144feab49a.html#axzz1J6MQk5e7>.
- Zoromé, Ahmed (2007): Concept of Offshore Financial Centers: In Search of an Operational Definition, IMF Working Paper.